

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 7 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihgeschäfte 20 Pf., ansonsten der Inhalt Hauptmannschaft 2 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Stelle 3 Pf. — Einzeln 2 Pf. — Reklamen 3 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 284

Donnerstag den 7. Dezember 1922

88. Jahrgang

In das Handelsregister des hiesigen Amtsgerichts ist heute auf Blatt 284, betr. die Firma Weißeritztalwerk Aktiengesellschaft in Dippoldiswalde, eingetragen worden: Die außerordentliche Hauptversammlung vom 12. Oktober 1922 hat laut Notariatsurkunde vom gleichen Tage die Erhöhung des Grundkapitals um 5,5 Millionen Mark, zerfallend in 5000 auf den Inhaber laufende Stammaktien und von 500 auf den Inhaber laufende Vorzugsaktien zu je 1000 M., mithin auf 7,5 Millionen Mark, beschlossen. Die Aktien werden unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre von der Gesellschaft zum Kurse von 100% begeben. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Demgemäß ist § 4 und 19 des Gesellschaftsvertrages abgeändert und ein § 4a eingefügt worden. 1 A Reg. 76/22. Amtsgericht Dippoldiswalde, am 1. Dezember 1922.

Freitag den 8. Dezember 1922 abends 7/8 Uhr
öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.
Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Verlässliches und Sächsisches

An den letzten 3 Sonntagen vor Weihnachten, das sind der nächste Sonntag und die beiden folgenden, dürfen nach dem Ortsgesetz über die Sonntagsruhe die Ladengeschäfte von vormittags 11 bis nachmittags 6 Uhr geöffnet sein, auch dürfen sie die letzten 12 Wochentage vor Weihnachten, das ist ab nächsten Montag, bis 9 Uhr abends offen halten. Bei dem Warenmangel, der noch vielfach herrscht, und bei der fortgesetzten Geldentwertung und damit dem Steigen aller Preise, hat jene Bestimmung dieses Jahr wohl nur geringen Wert.

Amlich erhält man jetzt endlich einmal statistische Nachweise über den Rückgang des Verkehrs infolge der Posttariferhöhungen. In der Zeit vom 1. Mai 1920 bis zum 1. Oktober 1922 ist bei der Ortspostkarte in diesem Zeitraum ein Abgang von nahezu der Hälfte, bei dem Ortsbrief ein Abgang von einem starken Drittel eingetreten. Im Fernverkehr haben die Postkarte, die Drucksache, das Geschäftspapier, die Warenprobe und die Postanweisung ein Drittel, der Brief nahezu die Hälfte verloren. Das Paket der Nahzone zeigt einen Rückgang von 26, das Paket der Fernzone einen Rückgang von 53 Prozent. Der Paketverkehr hat im Jahre 1922 unter dem Einfluß der die Posttarife weit übersteigenden Eisenbahntarife für Eilgut und Expressgut gestanden. Die hohen Eisenbahntarife haben eine starke Vermehrung der Postpakete zur Folge gehabt. Die Vermehrung bezifferte sich für 1922 in der Nahzone auf 15,3, in der Fernzone auf 20,1 Prozent.

Nach der soeben erschienenen vorläufigen Kirchensteuerordnung für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens wird für das Jahr 1922 als Landeskirchensteuer ein Zuschlag zum Reichseinkommensteuerverfahren von 1921 in Höhe von 6% erhoben. Außerdem wird noch eine Kirchengemeindesteuer erhoben, deren Höhe für jede Kirchengemeinde der Kirchenvorstand, für jeden Kirchengemeindeverband die zuständige Verbandsvertretung bestimmt. Die Landeskirchensteuer und die Kirchengemeindesteuer dürfen jedoch zusammen den Satz von 15% des Einkommensteuerbetrages nicht übersteigen. Beide Kirchensteuerbeträge werden von den Reichsfinanzbehörden oder deren Hilfsstellen gemeinsam erhoben und den kirchlichen Stellen zugeführt. Von den Kirchensteuern befreit sind 1. die zur Reichswehr gehörenden Personen, 2. solche Personen, die im Wege der öffentlichen Armenpflege laufende Unterstützung beziehen. — Ob die genannten Sätze ausreichen werden, um der Kirche die Erfüllung aller finanziellen Verpflichtungen zu ermöglichen, ist stark zu bezweifeln. Wahrscheinlich werden sich die Kirchenmitglieder für das Jahr 1923 auf wesentlich höhere Sätze gefaßt machen müssen.

Warleben aus dem gewerblichen Genossenschaftsstock in Sachsen können jetzt wegen der Geldentwertung bis zur Höhe von 25000 M. gewährt werden. Die Landesgewerbebank leibt ebenfalls. Die Darlehen sollen bekanntlich zur Beschaffung von Maschinen für gewerbliche Kleinbetriebe dienen.

Die Maul- und Klauenseuche wurde im Freistaat Sachsen am 30. November in 43 Gemeinden und 64 Gehöften amtlich festgestellt. Der Stand am 31. Oktober war 13 Gemeinden und 13 Gehöfte.

Überdorf. Einen Betrag von 5000 M. spendete der hiesige Sport- und Geselligkeitsverein „Drei Tannen“ für bedürftige Einwohner unseres Ortes.

Dresden, 5. Dezember. Der Landtag trat heute nachmittags 1 Uhr zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten ohne Vorberatung an den Haushaltsausschuß A verwiesen. Es folgt dann die Bildung der Ausschüsse. Erste bzw. zweite Vorsitzende bzw. Schriftführer sind: im Haushaltsausschuß A die Abg. Vador (Soz.), Dr. Vehne (Dem.), Frau Wäntner (Soz.); im Haushaltsausschuß B die Abg. Anders (D. V.), Hofmann (Dnat. V.), Schurig (Soz.); im Gesetzausschuß die Abg. Weiler (Dnat. V.), Müller-Leipzig (Soz.), Wechel (Soz.); im Prüfungsausschuß die Abg. Zupfel (Komm.), Dr. Schneider (D. V.), Dr. Sachs (Soz.); im Wählerauschuß Abg. Castan (Soz.). Auf der Tagesordnung steht dann die Wahl des Ministerpräsidenten. Präsident Winkler: Die sozialdemokratische Fraktion schlägt den bisherigen Ministerpräsidenten Buch vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Abg. Wäntner (Komm.): Die Kandidatur des Herrn Buch ist ohne Mitwirkung der kommunistischen Fraktion zustande gekommen. Sie ist deshalb in ihren Entschuldigungen an keinerlei Abmachungen mit den anderen Parteien gebunden und ist damit einverstanden, daß die sozialdemokratische Fraktion den Ministerpräsidenten stellt. Sie erklärt aber, daß sie weder im Reiche noch in den

Einzelstaaten die Notwendigkeit eines Präsidenten zu Repräsentationszwecken anerkennt. Da Sparsamkeit überall geübt werden soll, ist es notwendig, in der Regierung damit anzufangen. Die Funktionen des Ministerpräsidenten können auch von einem Ressortminister ausgeübt werden. Unsere Zustimmung bildet weder eine personelle noch eine persönliche Vertrauenskundgebung für die VSPD. Der sozialdemokratische Ministerpräsident hat die Pflicht, eine Arbeiterregierung zu bilden. Minister des Innern Lipinski: Wir haben keinen Staatspräsidenten, sondern einen Ministerpräsidenten als Vorsitzenden im Gesamtministerium. Der Ministerpräsident befehligt als Ressortminister das Ministerium des Innern. (Lärm von den Kommunisten: Großartig!) Die Wahl wird durch Stimmzettel vorgenommen. Der bisherige Ministerpräsident Buch erhält 49 Stimmen. 24 Zettel sind unbeschrieben, 18 lauten auf den Abg. Hofmann (Dnat. V.) und 3 auf den Abg. Dr. Kaiser (D. V.). Präsident Winkler erklärt: 47 Stimmen würden die Hälfte sein. Da auf Buch 49 Stimmen entfallen sind, ist die absolute Mehrheit für ihn vorhanden und somit ist Buch gewählt. Da Ministerpräsident Buch in Berlin zu einer Konferenz weilte, kann seine Vereidigung heute nicht stattfinden. Nächste Sitzung Dienstag den 12. Dezember nachmittags 2 Uhr: Vereidigung des Ministerpräsidenten und Regierungserklärung. Die beiden letzten Sitzungen vor den Weihnachtstagen finden am Donnerstag und Freitag nächster Woche statt.

Das Gesamtministerium hat folgende Verordnung erlassen: Der jetzige Mangel an Zahlungsmitteln hat deutlich gezeigt, wie notwendig es ist, die baren Geldzahlungen auf das allernotwendigste Maß zu beschränken und den unvermeidbaren Barzahlungssatz nicht auf bestimmte Tage, namentlich die Monatsersten, zusammenzudrängen. Gerade die Beamten des Staates sind dazu zu befragen, sich dieser Notwendigkeit vor anderen zu fügen. Sie können dies dadurch, daß sie ihre Dienstbezüge in weit größerem Umfang als es bisher geschieht, nicht in bar erheben, sondern auf ein Konto überweisen lassen und den bargeldlosen Weg auch bei eigenen Zahlungen überall beschreiten, wo es möglich ist. Selbst wenn sie sich trotzdem noch den größten Teil ihres Gehalts bei der Kasse ihrer Dienststelle gegen Scheck bar auszahlen lassen (vergl. die Verordnung des Gesamtministeriums vom 5. Januar 1922), so bleibt dadurch, daß dies nicht in einer Summe und möglichst nicht am Monatsersten geschieht, der Bargeldumlauf wesentlich eingeschränkt. Die Vorstände der staatlichen Behörden und Dienststellen werden angewiesen, die Beamten, die ihre Besoldungen noch in bar erheben, auf diese Verordnung ausdrücklich hinzuweisen, sie unter Zuguhilfe der Beamtenauschüsse auf die volkswirtschaftlichen und persönlichen Vorteile des Ueberweisungswesens aufmerksam zu machen und die an dem einzelnen Orte und für den einzelnen Beamten vorteilhafteste Ueberweisungsstelle mit ihnen zu erörtern.

Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern haben die Milchverfälschungen bedauerlicherweise einen solchen Umfang angenommen, daß sie zu einem allgemeinen Notstand geworden sind, dem die Nahrungsmittelbehörden besonders in den Städten und Industrieregionen nachschauen, da die Milch erntemerkmalen bereits in großem Umfang verfälscht dort eingeführt wird. Dieser Notstand kann nur dadurch abgestellt werden, daß die in den Verbrauchergebieten festgestellten Milchverfälschungen von der Nahrungsmittelpolizei über die Grenzen ihrer sonstigen örtlichen Zuständigkeit hinaus nötigenfalls bis zum Ursprungsort der Milch verfolgt werden. Dem steht zur Zeit die beschränkte örtliche Zuständigkeit dieser Nahrungsmittelpolizei entgegen. Es ist deshalb den Amtshauptmannschaften dringend anheimgegeben worden, die Bekämpfung der Milchverfälschung dadurch zu unterstützen, daß sie die Nahrungsmittelpolizeibehörden der Städte und sonstigen Verbrauchergebiete für Milch ermächtigen, durch ihre Beamten den Milchverfälschungen bis zum Orte der Verfälschung nachzugehen. Dies ist am besten dadurch möglich, daß die Amtshauptmannschaften auch die Polizeibehörden der Städte auf Antrag insofern als Hilfsorgane ihrer eigenen Nahrungsmittelpolizei anerkennen.

Die Schaffung eines Landesschulrates bezweckt der folgende Antrag der deutschpolkparteilichen Abgeordneten Fraktion Dr. Hertwig im sächsischen Landtage: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, einen ständigen Landes Schulrat, dessen Bildung im Kultusministerium schon im Jahre 1920 geplant war, und der aus Vertretern aller Schulklassen bestehen soll, sobald als möglich, sicher aber noch vor Beginn des nächsten Schuljahres, zu bestellen.

Nachdem der Höhepunkt des Ernteverkehrs überschritten ist, kann auch den Wagenanforderungen bei der Reichsbahn im allgemeinen wieder besser entsprochen werden. Der Güterverkehr war im November im großen und ganzen sehr lebhaft; besonders stark war der Kohlenverkehr von Oberschlesien nach Bapern und der Güterumschlag an der Elbe. Auch der Personenverkehr war noch überaus stark. Die bedeutende Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise und die Aufhebung einzelner Vorort-Strassenbahnstrecken hat eine wesentlich erhöhte Benützung der Eisenbahnzüge mit sich gebracht.

Dresden. Der Preis für ein Kubikmeter Wasser ist auf 90 M. im Dezember festgesetzt worden. Im November war er 40 M. Ursprünglich lautete er für November auf 30 M., wurde dann aber noch erhöht. Das gleiche fürchtet man auch vom Dezemberpreis. Zurzeit beträgt er das 600fache des Friedenspreises.

Die Elbe führt infolge der unablässigen Niederschläge bedeutende Wassermengen zu Lal. Auch ihre Nebenflüsse sind angeschwollen.

Anfang November brachte eine Dresdner Tageszeitung einen Aufsatz über die angeblich erfolgte Verschleppung von vier Dresdner Erwerbslosen in die französische Fremdenlegion. Die Dresdner Kriminalpolizei nahm sofort die Ermittlungen auf, aber gar bald wurde festgestellt, daß an der ganzen abenteuerlichen Schilderung auch nicht ein Wort stimmt. Die betreffende Schriftleitung war das Opfer einer groben Täuschung geworden. Der angeblich aus den Werberbüchern wieder entwichene Dresdner Erwerbslose, der der Schriftleitung das Märchen erzählt hatte, war ein Arbeiter Stephan, der offenbar eine besondere Neigung zu allerlei Schwindelereien besitzt. Der Dresdner Polizeibericht vom 19. Mai ds. Js. beschlößte sich bereits mit der Person Stephans. Er war damals als einer derjenigen Betrüger festgenommen

worden, der es verstanden hatte, als sogenannter Kriegsschädigter an belebten Punkten der Stadt aufzutreten, um milde Gaben zu sammeln. Stephan hatte mittels eines besonders konstruierten Gummiringes einen heißen Arm vorgeklüftet, gleichzeitig streckte er auch das linke Bein vor. Wollte damals die Polizei gegen diesen angeblichen kriegsschädigten Bettler eingreifen, dann nahm auch noch das Publikum für ihn Partei. Stephan wird sich wegen groben Unfugs zu verantworten haben.

Die Kündigung der Straßenbahnfahrkarten (Reisepässe) für 4. Januar 1923 läßt eine bevorstehende erneute Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise in Dresden erwarten.

Nach Mitteilung der „Sächsischen Volkszeitung“ hat das Reichsministerium des Innern der sächsischen Regierung mitgeteilt, daß ihre Verordnung bezüglich des Schulbesuches an staatlich nicht anerkannten Feiertagen mit der Reichsverfassung in Widerspruch steht.

In einem Bericht an die Handelskammer Chemnitz als den Vorort der sächsischen Handelskammer stimmte die Handelskammer Dresden einem Gesetzentwurf zu, wonach die Eröffnung des Konkursverfahrens bei Aktiengesellschaften und gleichgeschalteten juristischen Personen unterbleiben soll, wenn die Ueberwindung lediglich auf der Verpflichtung zu einer Zahlung in Gold beruht.

Heidenau. Seit mehreren Monaten wurden hier und in der Umgebung fast täglich Diebstähle verübt und Gänse, Enten, Hühner, Kaninchen, Bekleidungsstücke, Eisen, Kupfer, Kohlen und alles, was den Dieben sonst noch heilenswert in die Hände fiel, gestohlen. Der hiesigen Gendarmerie ist es nach langen Bemühungen jetzt gelungen, die Täter zu ermitteln. Es kommen 15 junge Burschen im Alter von 12—18 Jahren aus Heidenau in Frage. Den Dieben konnten bis jetzt gegen 30 verschiedene Diebstähle nachgewiesen werden. Das Diebesgut haben die Diebe in der Hauptsache bei hiesigen Altwarenhändlern und anderen Bewohnern des Ortes meist weit unter Wert umgekehrt.

Sächsischer Schweiz. Am nordöstlichen Abhang des kleinen Wärensteins sind in den letzten Tagen einige gemaltige Felsblöcke abgestürzt. An früher niedergegangenen Felsblöcken und altem Kiefern- und Fichtenbestand haben sich dieselben zum Teil zerlegt und auf diese Weise nicht bis auf die neue sogenannte Hermann-Schneider-Straße gelangen können. An einer Anzahl vollständig entzweigter Kiefern sieht man recht deutlich die Gewalt der niedergegangenen Felsblöcke.

Wilsdruff. Die Schließung der Hauseingänge bewohnter Grundstücke darf bis auf weiteres nicht vor 7 1/2 Uhr abends erfolgen. Eine frühere Schließung ist zulässig in Häusern, die nur von dem Hauseigentümer und zu dessen Haushalt gehörenden Personen bewohnt werden; in anderen Häusern, in denen Wohnungen vermietet sind, nur dann, wenn sämtliche Mietparteien damit einverstanden sind.

Rohrweil. Das Fortbestehen der hiesigen Gemeindefakultät ist durch die steigende Geldentwertung in Frage gestellt. Daraufhin haben Rat und Stadtverordnete beschlossen, für das Weiterbestehen dieses gemeinnützigen Instituts einzutreten; die finanzielle Unterstützung soll vierteljährlich von Fall zu Fall bewilligt werden.

Die Landwirte des hiesigen Bezirks schenken für die Bedürftigen der Stadt Rohrweil 400 Zentner Kartoffeln. Hiervon erhielten die Kleinrentner 50 Zentner, die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen 200 Zentner.

Leipzig. Da die vom Verein Volkshildegärten unterhaltenen Kindergärten infolge der Not der Zeit nicht mehr bestehen können, hat sich der Rat auf Ansuchen bereit erklärt, die 11 Kindergärten in städtischen Besitz zu übernehmen.

Der Rat teilte mit, daß er dem Beschlusse der Stadtverordneten, für die Schulen Reichsschlagen anzuschaffen, wegen der ungünstigen Finanzlage der Stadt nicht beitreten könne. Die Preisforderungen verschiedener Firmen schwanken zwischen 3 488 000 und 5 120 000 M.

Waldheim. Die hiesige Fleischerrinnung hat beschlossen, an Klein- und Sozialrentner sowie andere hilflosbedürftige Personen — es kommen etwa 400 in Frage — wöchentlich einmal ein Schlachthofe unentgeltlich Fleischbraten zu verteilen. Ferner sollen die Pflegerlinge des Kinderhorts (70 Kinder) sowie 32 dort gespeiste alte Leute Weihnachten eine Wurstspende erhalten.

Frankenberg. Die Stadtverordneten stimmten in ihrer letzten Sitzung dem Ratsbeschlusse auf Abbau der Realschule bei, sobald eine neue Sexta Oflern nicht mehr gebildet wird, und beschloßen, die Einführung einer Spezialabgabe von 1% jeder Lohnsumme ab 1. Januar. Die Erträge sollen den bedürftigen Alten und Sozialrentnern zugute kommen. Vorläufige sollen 200 000 M. zur Ueberwindung der ärgsten Not und zur Verbilligung von Lebensmitteln für Notleidende bereit gestellt.

Schöneheide. Ein hiesiger Einwohner erhielt dieser Tage die Nachricht, daß ihm seine verstorbene Tante in Amerika 1000 Dollar, gleich 7 1/2 Millionen Mark, hinterlassen habe.

Olbernhau. Mit dem Dezemberfest verabschiedeten sich nun auch die in dem Fiedlerischen Verlage hier selbst herausgegebenen „Hausbücher für Sachsen“ von ihren Lesern. Damit ist der Not der Zeit ein Unternehmen zum Opfer gefallen, das die Treue zur Heimat liebevoll gefördert hat.

Werbau. Der hiesige Stadtrat gibt bekannt: Die mehrfach erschienenen Anzeigen von Diebenabenden und dergleichen geben Veranlassung, festzustellen, daß der Stadtrat Diebenabende nach dem Muster derjenigen, wie sie leider in Großstädten üblich sind, in Werbau schon in Rücksicht auf die Notlage vieler Kreise nicht dulden wird. Ein Bedürfnis darnach hat früher nicht bestanden und kann jetzt vollends nicht anerkannt werden.

Waldheim. Die städtischen Kollegien haben die Erhebung einer Sozialabgabe beschlossen, die 1 Prozent der Löhne betragen soll.

Oelschütz i. V. Die ungeheure Steigerung aller Sachwerte ergibt sich durch folgendes Beispiel aus der vogtländischen Landwirtschaft: Vor dem hiesigen Amtsgerichte kam am Donnerstag ein Bauerngut, im Dorfe Planchwitz gelegen und nicht ganz 8 Hektar groß, zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft zur zwangsweisen Versteigerung. Es war einschließlich des lebenden und toten Inventars auf 342 000 M. geschätzt und erzielte ein Reitzgebot von 10 004 000 M. (zehn Millionen und 4000 M.), also nahezu das 34fache der gerichtlichen Schätzung. Der Ersteher des kleinen Anwesens war ein Miterbe, ein einfacher Leppichweber.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 5. Dezember 1922.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 22 kleine Anfragen. Abg. Buojuhn (Dnt.) erhält auf seine Bitte, daß die wohlerworbenen Rechte der deutschen Anwohner in Polen geschützt werden, zur Antwort, daß die Regierung mit allem Nachdruck für die deutschen Anwohner eintreten werde.

Auf eine Anfrage des Abg. Schult-Bromberg (Dnt.), der an die Mitteilung des früheren Reichszanlers Dr. Wirth über eine Verschönerung gegen sein Leben erinnert und nach dem Ergebnis fragt, teilt Geheimrat Werner mit, daß die Angaben eines gewissen Schulz über eine Verschönerung gegen das Leben des Kanzlers sich schließlich als freie Erfindung herausstellten.

Auf eine Anfrage des Abg. Althoff (Str.) erwidert ein Regierungsvertreter, daß die Behauptungen, dem Führer der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten, Renne, sei ein Amt als Regierungsrat und späterhin Millionen geboten worden, wenn er von der Beamtenbewegung zurücktrete, unwahr sei.

Abg. Adams (D. Sp.) fordert Maßnahmen gegen die Rädelsführer, die in verschiedenen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Köln, Mülheim, Düsseldorf usw. größere Unruhen mit Plünderungen verursacht haben. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß es gelungen ist, die Ordnung wieder herzustellen, nachdem die Befehlshaber die Heranziehung von Verstärkungen aus dem unbesetzten Gebiet gefordert hatten. Strafverfahren sind eingeleitet. Da die preussischen Maßnahmen genügen, hat das Reich keinen Anlaß einzuschreiten.

Ein Gesuchsteller gegen den Alkoholmißbrauch — Anfrage Frau Müller-Dorfried (Dnt.) — wird vorgelegt werden, sobald die Besprechungen mit den Interessenten abgeschlossen sind.

Auf eine Beschwerde der Abgg. Wulle und Henning (Deutschvölkisch) über die Auflösung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Verbandes Nationalsozialistischer Soldaten erklärt ein Regierungsvertreter, daß die Reichsregierung keinen Anlaß habe diese Angelegenheit zu erörtern. Die preussische Regierung werde das Verbot nachprüfen.

Es folgt die 2. Beratung des 7. Nachtragsetats zum Reichshaushalt. Damit wird verbunden die Beratung der Vorlage über die Festsetzung des Ruhegehalts für den Reichspräsidenten. Nach kurzer Debatte, in deren Verlauf die Kommunisten die Abschaffung der Reichspräsidentenstelle fordern, wird der Nachtragsetat angenommen. Die Vorlage geht an den Ausschuss.

Angenommen wird eine Entschließung, wonach Dienstkraftwagen nur zu rein dienstlichen Zwecken benutzt werden dürfen.

Bei der Beratung des Reichsjustizetats fordert Abg. Rosenfeld (Soz.) von der Regierung Mitteilung über den Stand der Justizreform und über die Rolle, die die Münchener Polizei bei der Verhaftung Ehrhards gespielt habe. Abg. Well (Str.) wendet sich gegen eine Erleichterung der Ehecheidung und verweist auf die Not des Anwaltsstandes.

Reichsjustizminister Dr. Heineke betont, daß dem Rechtsanwaltsstand nach Möglichkeit geholfen werden soll. Die Frage der Arbeitsgerichte wird in modernem Geiste gelöst werden. Bei der Ehecheidungssache sollen die Richter so mildert werden, aber ganze Botschaften dürfen nicht gegen ihren Willen gegen den Kopf gestossen werden. (Auskommung rechts und in der Mitte.)

Der Reichsjustizminister stellt weiter fest, daß die Münchener Polizei dem Reichsgerichtsrat Mey bei der Verhaftung Ehrhards alle Unterstützung habe zu leisten. Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch. Tagesordnung: Sozialdemokratische Interpellation über die Preissteigerung, Änderungen des Reichswahlgesetzes.

Der unsterbliche Kollet.

In dem Vertrage von Versailles lautet der Artikel 203: „Alle Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt, die in dem gegenwärtigen Vertrage enthalten sind, und für deren Durchführung Fristen festgesetzt worden sind, werden von Deutschland unter Überwachung von zu diesem Zweck von den hauptsächlich alliierten und assoziierten Mächten besonders ernannten interalliierten Kommissionen durchgeführt werden.“ und Artikel 213 lautet: „Solange der gegenwärtige Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jeder Nachforschung gegenüber, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig halten sollte, entgegen zu kommen.“

Wenn überhaupt Worte Sinn haben, heißt das, daß die Tätigkeit der sogenannten interalliierten Militärkontroll-Kommissionen beendet ist, wenn sie nachgeprüft haben, ob Deutschland innerhalb der im Vertrage festgesetzten Fristen in dem vorgegebenen Maße abgerüstet hat. Die Fristen sind vor Jahr und Tag abgelaufen — die Abrüstung ist nicht einmal, sondern viermal so oft festgestellt worden.

Nach einem Hände füllenden Schriftwechsel sind die neuen Wehrgesetze, die neuen Mannschafts-, Pferde-, Waffenetats von der Kommission anerkannt. Wie weit, wenn über die Kriegsschädigung verhandelt werden soll, wie jetzt in London, gibt die interalliierte Militärkontroll-Kommission ein Lebenszeichen von sich. Die Herren, die hier Gehälter beziehen, die in viele Millionen gehen, die die besten Gasthäuser Deutschlands belegt haben, saßen sich im Frühommer schon ihre Koffer packen, denn allgemach überzeugte sich auch die Öffentlichkeit in den Ententestaaten davon, daß Deutschland tatsächlich abgerüstet hätte und die Kontrollkommissionen ihre Aufgabe glänzend erfüllt hätten. General Kollet hatte für seine Arbeit alle militärischen Ehren eingeholt, die Frankreich zu vergeben hat und die der Krieg ihm vorenthalten hatte.

Da blieb denn nichts anderes übrig, als die alte Balze wieder von vorne anzufangen und so lesen wir dann wieder von deutschen Maßnahmen, die dem Versailler Vertrage widersprechen sollen. Es lohnt sich tatsächlich nicht, auf die Einzelheiten einzugehen. Geradezu lächerlich wirkt z. B., daß die nun schon wiederholt von neuem umorganisierte Polizei immer noch nicht den Wünschen Herrn Kollets entspricht — und dabei kann nicht genug Polizei angeboten werden, wenn es sich darum handelt, die Herren von der interalliierten Militärkontroll-Kommission bei ihren Reisen zu schützen.

Jetzt ist man auf den verfluchten Einsatz gekommen, an Stelle der Kontrollkommissionen ein Garantiekomitee einzusetzen, das zwar zunächst weniger Köpfe umfassen soll, dem aber die Berechtigung verliehen wird, sich jederzeit nach Belieben aufzulösen. Der Versailler Vertrag wird nur aufgeschlagen.

wenn sein Text gegen Deutschland spricht, bleibt geschlossen, wenn Deutschland Rechte aus ihm ableiten kann. Vielleicht berechnet einmal ein französischer Einwohner aus dem Kampfgebiet, wieviel Gebäude schon von den Millionen hätten gebaut werden können, die die Kommissionen verschlungen haben.

Der Kampf um die Dardanellen.

Rußland fordert Befestigung der Meerengen. — Schließung für alle Kriegsschiffe. — Freie Durchfahrt für die Handelsschiffe.

In Gegenwart der russischen und der bulgarischen Abordnung hat in Lausanne die erste Aussprache über die Meerengen stattgefunden. Die Debatte verlief in ziemlich schroffer Form und ließ den kaum zu überbrückenden Gegensatz zwischen der russisch-türkischen und der englischen Auffassung scharf hervortreten. Die Aussichten auf eine Einigung sind sehr gering.

Von den Vertretern der Uferstaaten des Schwarzen Meeres sprach als erster der türkische Delegierte Ismet Pascha, der nur eine kurze Erklärung abgab, in der er an die wesentlichen Bestimmungen des Nationalpaktes von Angora erinnerte. Im übrigen stehen die Türken auf dem Standpunkte, daß sie als Besitzer der Meerengen keine Forderungen stellen könnten. Die Forderungen müßten von den anderen Mächten gestellt werden, dann könnten die türkischen Vertreter sich dazu äußern.

Hiernach verlas Tschitschew eine bedeutende längere Rede über die grundsätzliche Haltung Rußlands und seiner Verbündeten in der Meerengenfrage. Er forderte ständige Freiheit der Handelschiffahrt und des friedlichen Seeverkehrs im Bosporus, im Schwarzen Meer und in den Dardanellen. Ferner verlangte er die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Rechte des türkischen Volkes auf sein Gebiet und seine Gewässer in vollem Umfange, weiter forderte er ständige Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe und das unbeschränkte Recht für die Türkei, die Meerengen zu besetzen und dort Kriegsschiffe und Kriegsmaterial zu unterhalten.

Ismet Pascha schloß sich den Ausführungen Tschitschew an, indem er erklärte, daß sie durchaus dem türkischen Standpunkt entsprächen und er im übrigen eine Denkschrift überreichen werde. Der rumänische Vertreter sprach sich für die Durchfahrt sowohl der Handels- als Kriegsschiffe und für die Entmilitarisierung der Meerengen aus. Die bulgarische Delegation forderte in einer Erklärung nur die freie Durchfahrt der Handelsschiffe, ohne die Kriegsschiffahrt zu erwähnen.

England drückt sein Erstaunen aus.

Der englische Außenminister Lord Curzon sprach sein Erstaunen über die kurze Mitteilung der Türkei aus und erklärte, die türkische Abordnung entsiehe sich damit einer Verpflichtung, die ihr obliege, und sie spottete der Konferenz und erweise ihr weder Respekt noch Vertrauen. Unter diesen Umständen, so fuhr Lord Curzon fort, kann die Diskussion nicht fortgesetzt werden, und die englische Abordnung wird sich zunächst mit der französischen und der italienischen Vertretung in Verbindung setzen müssen, um weitere Schritte zu beraten.

Am Schluß der Sitzung verlangte Tschitschew, daß nunmehr auch die Alliierten Aufschluß über ihre Auffassung geben, da es gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung verstoße, wenn sie sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten. Lord Curzon antwortete, daß die Alliierten sich darüber erst noch schlüssig werden müßten.

So verlief die Aussprache über die Meerengenfrage der Vertagung, ohne daß der Zeitpunkt der nächsten Sitzung festgesetzt worden wäre. Dem Ausgang der Konferenz wird daher ohne große Hoffnungen entgegengesehen.

Der Protest des Rheinlandes.

„Reich und Rhein untrennbar verbunden.“ Sämtliche Parteien der Rheinprovinz mit Ausnahme der Kommunisten haben sich auf eine gemeinsame Protesterklärung gegen Frankreichs Rüstungsplan geeinigt. In der bedeutsamen Rundgebung, die der unauf lösbaren Zusammenhang des Rheinlandes mit dem Reiches betont, heißt es u. a.:

„Aus Anlaß der neuerlich von Paris kommenden Meldungen, die auf eine weitere Beschlagnahme des besetzten Rheinlandes und die Ausdehnung der Besetzung auf das Ruhrkohlengebiet hinauslaufen, erneuern wir das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich und legen gleichzeitig gegen die vorerwähnten Pläne förmlich und entschiedenen Widerstand ein. Wir protestieren dagegen, weil die Verwirklichung dieser Pläne katastrophale Folgen für die Rheinlande und das deutsche Vaterland nach sich ziehen würde. Wir protestieren im Vertrauen auf unser gutes, klar umschriebenes Recht. Es kann von den Franzosen nicht bewiesen werden, daß Deutschland sich seinen Wiederherstellungsverpflichtungen absichtlich entzieht. Wir protestieren ferner gegen jeglichen Eingriff in unsere Rechtsprechung und unsere deutsche Verwaltung. Wir berufen uns auf das von unseren Gegnern im Weltkriege so oft proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker und wiederholen unseren unerschütterlichen Willen auch in den Tagen der Not, der deutschen Heimat treu zu bleiben.“

Reich und Rhein sind untrennbar miteinander verbunden, kulturell, historisch und wirtschaftlich. Groß ist unsere Not! Aber noch größer ist unsere unabweisbare Treue zu unserer deutschen Heimat und zum Deutschen Reich.“ Eine große Anzahl weiterer Einsprüche gegen die französischen Rheinlandpläne sind im ganzen Rheinland erhoben worden, darunter ein Aufruf der Deutschdemokratischen.

In der französischen Kammer wurde von der Regierung mitgeteilt, daß das Generalkommissariat in Straßburg noch 3-4 Monate bestehen bleiben werde, von da an würde die Verwaltung der neuen elsässischen und lothringischen Departements von Paris aus erfolgen.

Das Scheidemann-Uttentat.

Oberbürgermeister Scheidemann als Zeuge.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung gegen die beiden Attentäter Huster und Dohlschlager gab Oberbürgermeister Scheidemann als Zeuge eine Darstellung des Uttentats. Die Täter hätten ihm zweimal eine Flüssigkeit ins Gesicht gespritzt. Nach dem ersten Spritzer habe er auf den Ruf seiner Tochter zwei Revolverstücke abgegeben, jedoch schon beim zweiten Schuß das Bewußtsein verloren. Seine Betäubung habe unter krampfhaften Zuckungen etwa 15 Minuten gedauert. Bald darauf sei ein Arzt erschienen, der aus dem Geruch der Flüssigkeit feststellte, daß es sich um Blausäure handelte. Daß das Uttentat keine schlimmeren Folgen für ihn gehabt habe, liege wohl an seiner guten Konstitution, dann wohl auch an der hohen Lage des Waldes.

Das Gutachten der Sachverständigen.

Zwei chemische Sachverständige bekunden, daß es sich um Blausäure gehandelt habe, und daß der Anschlag, wenn nicht besondere glückliche Umstände vorhanden gewesen wären, sehr leicht den Tod Scheidemanns, zum mindesten aber schweren gesundheitlichen Schaden hätte herbeiführen können. Die Wirkung wäre viel schlimmer gewesen, wenn die Tat in einem geschlossenen Raum ausgeführt worden wäre. So hat möglicherweise der Wind einen Teil der giftigen Gase verweht. Schon eine Menge von 6 Milligramm Blausäure wirkt tödlich. Es sei ein besonderer Glücksstand, daß durch die Einwirkung der Luft eine Entgiftung der Blausäure eingetreten ist. Wäre ein Tropfen in die Nase oder in den Mund gekommen, so wäre der Tod die Folge gewesen.

Der nächste Zeuge Geheimrat Tettau sagt aus, daß die Täter sich nach dem Uttentat unbefugter Weise während seiner Abwesenheit in seiner städtischen Wohnung mehrere Tage aufgehalten hätten. Jene verheerliche Beziehungen zu den Attentätern, namentlich politischer Art, habe er nie gehabt.

In Ergänzung seiner Aussagen bekundete Oberbürgermeister Scheidemann weiter, daß ein gewisser Brüdigam acht Tage nach dem Uttentat bei ihm erschienen sei und ihm Einzelheiten darüber erzählt habe, die aus dem Rathenau-Prozess bekannt seien.

Scheidemanns politische Rechtfertigung.

Am zweiten Verhandlungstage wurden zunächst die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Dann erhielt der Nebenkläger Oberbürgermeister Scheidemann das Wort, um die Vorwürfe, die ihm von Seiten der Angeklagten gemacht worden sind, zu entkräften. Ihre Behauptung, daß sie den Anschlag gegen mich verübt haben, weil er die Front unterminiert und die Matrosenmeuterei unterstützt hätte, bezeichnet er als irrig und abwegig. Die Nachricht von der Meuterei in der Marine sei ihm zum ersten Mal im Reichstag zu Ohren gekommen. Er sei gerade in der Budgetkommission gewesen, als die Nachricht einkam, und habe genau so wie die übrigen Mitglieder der Kommission seiner Entrüstung über die Meuterei Ausdruck gegeben. Von Kiel aus sei um Entsendung eines Abgeordneten als Vermittler ersucht worden. Er habe Moske telephonisch nahe gelegt, nach Kiel zu reisen, um zu vermitteln. Das Kabinett habe seinen Vorschlag angenommen und Moske delegiert. Das sei also seine Teilnahme an der Verschönerung, die er begünstigt haben solle.

Was seine Teilnahme an der Revolution anbelangt, so will Scheidemann am Abend vor dem 9. November in einer Versammlung in Berlin erklärt haben, man solle um Gottes willen alles tun, was man könne, um kein Blutvergießen zu haben. Vielleicht werde noch alles gut. Es bestehe die Hoffnung, daß der Kaiser vielleicht am nächsten Morgen zurückgetreten sei.

Der Angeklagte Huster erklärt hierzu, es gebe noch andere Leute, die über Scheidemanns Tätigkeit urteilen, und deren Urteil sei ganz anders als die Selbstbeurteilung, die er von sich entworfen habe, und diese anderen Leute seien für ihn maßgebend.

Der Strafantrag des Reichsanwalts.

Nach Schluß der Beweisaufnahme hielt der Reichsanwalt sein Plädoyer und stellte im Anschluß daran folgenden Strafantrag: „Ich beantrage, jeden der Angeklagten zu elf Jahren Zuchthaus, Dohlschlager oben drein wegen unbefugten Waffentragens zu sechs Monaten Gefängnis, so daß sich die Strafe bei ihm auf elf Jahre drei Monate Zuchthaus erhöht.“ Außerdem beantrage der Reichsanwalt je zehn Jahre Ehrverlust.

Politische Rundschau.

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages beschloß eine lächerliche staatliche Beihilfe für das Goethehaus in Frankfurt a. M. zur Erhaltung dieses Nationaldenkmals.

Der Bevollmächtigte von Ostoberschlesien, Rhmer, ist nach kurzer Krankheit gestorben.

Die Untersuchung gegen Reichswehrminister Gehrter. Der Untersuchungsausschuss des Reichstags zur Prüfung der gegen die Reichswehr erhobenen Vorwürfe ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Verhalten des Reichswehrministers oder die Art, wie er vorgekommenen Ungehörigkeiten gegenüber Wohlfe geschaffen hat, zu Beanstandungen keinen Anlaß gebe. Aber den Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Demonstranten in Königsberg im Anschluß an die Hindenburgfeier beschloß der Ausschuss, noch weitere Erhebungen anzustellen.

Die neue Feuerungsklassen der Beamten. Die Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeitervereine haben mit Rücksicht darauf, daß die letzte Erhöhung für die Beamten nicht einen Ausgleich gebracht hat, der der Feuerung entspricht, den Beschluß gefaßt, bei den kommenden Verhandlungen mit der Regierung dahin zu wirken, daß außer der Erhöhung für den Dezember auch ein Ausgleich für den vergangenen Monat getroffen wird. Die Gewerkschaften werden von der Regierung entsprechend dem Anwachsen der Indexziffer eine mehr als 100 prozentige Erhöhung verlangen.

Der apostolische Nuntius Lauri in Warschau hat den Minister des Aeußeren von der Ernennung des Salesianerpaters Glomb zum apostolischen Administrator für den polnischen Teil Oberschlesiens in Kenntnis gesetzt.

Die tschechische Regierung will ab Neujahr die Besoldung der Staatsbeamten wesentlich herabsetzen.

Die unter Anklage gestellten früheren bulgarischen Minister wurden von Sofia in das Gefängnis von Edumia übergeführt.

Das englische Oberhaus hat den Gesetzentwurf über Irland endgültig angenommen.

Der englische Ministerpräsident Bonar Law erklärte neuerdings wieder, er habe keinerlei Information bezüglich eines französischen Planes wegen Besetzung des Ruhrgebietes.

Auf der Moskauer Abrüstungskonferenz erklärte sich Rußland bereit, sein Heer auf 300 000 Mann herabzusetzen unter der Bedingung, daß die Heere der Randstaaten in demselben Verhältnis verringert werden.

Die verhafteten griechischen Generale Dusmanis, Falis, Egdathlos und Saletas sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Die türkischen Aufständischen in Westbrasilien sollen die bisher griechische Provinz für unabhängig und Kautzia zu ihrer Hauptstadt erklärt haben.

Der amerikanische Finanzmann Morgan, der soeben von seiner Europareise nach Amerika zurückgekehrt ist, hat erklärt, sich nicht zur Brüsseler Konferenz begeben zu wollen.

Die Berliner Bemerkungen über die Sühnenote.

Berlin, 5. Dezbr. Der bayerische Ministerpräsident v. Knilling ist in Berlin eingetroffen und hat sich sofort nach seiner Ankunft mit dem bayerischen Gesandten von Preger zum Reichspräsidenten begeben. Außer mit diesem fanden auch Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister statt. Gegenstand der Besprechungen war die ultimative Sühnenote der Völkervertragskonferenz. Bekanntlich fordert die Note u. a. die Zahlung einer Million Goldmark von den Städten Passau und Ingolstadt bis zum 10. Dezember. — Im Laufe des Tages trafen auch die Ministerpräsidenten der anderen Länder ein, um unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die gegenwärtige Ernährungslage und die Wirtschaftssfrage zu besprechen. Dabei wurde von dem Kanzler auch die Note der Völkervertragskonferenz erörtert.

Die Feuerungsverhandlungen mit den Beamten.

Berlin, 5. Dezbr. Die Vertreter der Beamten und Staatsarbeiter sprachen heute im Reichsfinanzministerium vor. Es wurde ihnen zugesagt, daß in dieser oder der kommenden Woche Verhandlungen über neue Gehaltserhöhungen stattfinden würden.

Die schwierige Ernährungslage.

Berlin, 5. Dezember. Die Sozialdemokraten haben im Reichstag eine Interpellation über die gewaltigen Preissteigerungen der letzten Wochen und über die bedenklichen Nachrichten über den Stand der Brotversorgung eingebracht. Es heißt darin u. a.: Die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Lebensmittel, die allein im Monat November wesentlich über 100 Prozent betrug, stellt die stärkste Bedrohung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung dar, schwächt ihre Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung und droht die Wirtschaftskatastrophe Deutschlands zu verschärfen.

Nikaitritt des Belgrader Kabinetts.

Belgrad, 5. Dezbr. Das Kabinetts Beschlüsse ist zurückgetreten. Der König hat die Demission angenommen und die Regierung gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Tote, welche leben.

(Bl. Fortsetzung.)

Sie suchte nach Worten. Mühsam redete sie weiter. „Ich seh' und schrei' zu Gott und bitt' ihn um seine große Barmherzigkeit. Aber da antwortet mir nur der Sturm, und drunten gurgelt das Wasser und der Raadvogel schreit. Aber da kommt's auf einmal an mich angefahren — schwarze Gespenster — zwei — Herrgott — ich will nach ihnen fassen — da — da.“

Die Alte löste die starren Finger voneinander. Ein Fetzen eines schwarzen Gewebes lag dazwischen. „Aber da spür' ich einen Stoß — ich stürze hinab — und ich hör' noch Schritte über die Straße laufen. — Ganz tot war ich! Da — da ist auch Blut.“

Die Alte strich das wirre, schlohweiße Haar zurück und wies auf eine kleine Hautwunde, welche sie sich wohl beim Aufstehen auf einen spitzen Stein zugezogen hatte. „Aber ich hab' das kalte Wasser gespürt. Und so bin ich heraufgekrochen. Dort, wo es so nieder ist das Meer! Aber ich weiß nicht, wo — wo ich nur bin. Alles dreht sich um mich. Und ich seh' gar nichts. Nur die Frau — ja — da war sie — da am Wagen! Beim Martel am Felsenkeller — dort ist sie aus der Finsternis herausgekommen. Und gerad' auf mich zu! Ich kenn' sie wohl wieder! Aber jetzt — jetzt ist sie fort! Ganz weg! Und mir ist so kalt. Die schwarze Frau war's! Oder — oder die schöne Jutta? Oder wer?“

Die Alte starrte in die Dunkelheit hinein. Josef Braunhuber legte die hohle Hand an den Mund und schrie: „Gendarm!“

Er hatte etwas näherkommen hören. Und da war auch schon jemand; ein paar Uniformknöpfe blühten auf; ein intelligentes Gesicht wurde erkennbar unter einem Helm.

Der Gendarm war's wirklich. Er kam auf seiner Runde hier vorüber und hörte mit Erstaunen die Besichtigte der letzten halben Stunde.

Aber er nahm die Sache nicht als etwas Besonderes auf. Es kam sehr häufig vor, daß Autos ohne Licht fuhrren; auch die Kleinen und großen Unfallsfälle auf der Straße gehörten nicht zu den Seltenheiten. Die alte Kathrin war als verwirrt und nicht zurechnungsfähig überall bekannt. Wer weiß, was sie wieder zusammenfaselte.

Während er kurz den Sachverhalt notierte, brachte Josef die Kathrin bis in ihr Haus. Das junge Entledterchen fuhr erschreckt auf aus seinem tiefen Rindenschlaf. Aber das Mädel sagte sich sogleich. Auch sie war an die Sonderbarkeiten der alten Frau längst gewöhnt.

„Jetzt bring' ich die Großmutter a'schwind ins Bett“, sagte das kleine, behende Mädchen und lief schon mit bloßen Füßen, nur mit einem Röschchen bekleidet, nach der Ecke, wo das Lager der Alten stand.

Volkswirtschaft.

Frachtderegulation und Getreidepreise. Die die Berichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsraates in ihrem Wochenbericht mitteilt, hat die neue 150-prozentige Frachtderegulation auf den Bahnen und damit für den Konsum eine weitere fühlbare Deregulation der landwirtschaftlichen Produkte gebracht. Rechnet man im Durchschnitt von den Uebersehungsgebieten nach den Hauptbedarfsdistrikten unseres Landes eine Fracht pro Hektar von 2300 Mark, so ergibt das pro Tonne eine Fracht von 4400 Mark, pro Waggon von 15 Tonnen eine solche von 660 000 Mark. Auf weitere Strecken steigen diese Frachten bis über 800 000 Mark pro Waggon. Bis Ende November wurde natürlich noch vieles von dahnstehender oder sofort verladbarer Ware behufs Ausnutzung des bis Ende November noch geltenden alten Frachttarifs gekauft, aber doch nicht in dem Umfange, wie sich vielleicht Gelegenheits gefunden hätte. Die diesmaligen Schwankungen der Getreidepreise gingen wieder in Hand mit den Devisen. Aber zeitweise waren die Getreidepreise noch fester als die ausländischen Zahlungsmittel. Im Auge fällt die ganz besondere Festigkeit des Brotpreises, und hierbei namentlich des Weizens, dessen Steigerung der des Roggens und des übrigen Getreides merklich voraus lief.

Handelsteil.

Berlin, den 5. Dezember 1922.

Die Unsicherheit am Devisenmarkt hielt auch heute noch an, was in Börsenkreisen auf die bevorstehende Konferenz in London zurückgeführt wird. Es kommt hinzu, daß das Ausland so gut wie gar nicht in Mark handelt, so daß von dieser Seite her die Anregung fortfällt und hier die Unsicherheit vergrößert. Der Dollar liegt nur um wenige Punkte auf 8354 amtlich. — Der Effektenverkehr war ziemlich ruhig.

Die Produktienbörse verliefte in ruhiger Haltung. In Weizen und Roggen fanden wenige Umsätze zu gut behaupteten Preisen statt. Dagegen lag Gerste sehr still, da die angebotenen Qualitäten nicht genügen. Hafer, der von der Provinz stark angeboten ist, fand keine genügende Aufnahme und hatte insgedessen matte Tendenz zu verzeichnen.

Stand der Mark.

	Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am	5. 12.	4. 12.	1914
1 holländischer Gulden	3336	3316	1,67	M.
1 belgischer Frank	536	540	0,80	„
1 dänische Krone	1695	1655	1,12	„
1 schwedische Krone	2254	2189	1,12	„
1 italienische Lira	416	406	0,80	„
1 englisches Pfund	37905	37057	20	„
1 Dollar	8353	8329	4,20	„
1 französischer Frank	573	583	0,80	„
1 schweizerischer Frank	1561	1571	0,80	„
1 tschechische Krone	262	263	„	„

Aus Stadt und Land.

Den eigenen Vater erschossen. In Solz bei Webra geriet ein Landwirt mit seinem 60-jährigen Vater wegen der Uebergabe des Hofes in Streit. Da der Vater auf seinem Standpunkt beharrte, drohte der Sohn, ihn zu erschließen. In der Wut zog er dann tatsächlich einen Revolver und schoß den Vater nieder; der Täter wurde verhaftet.

Im Streit erschossen. In Weimar hat in einer Weinkellerei ein angetrunkenen Küfer, der wegen Raubläufigkeit beim Weinabfällen vom Kellermeister zur

„So, ist schon hergerichtet! Und dann toch' ich ihr noch einen recht starken Kräutertee! Da wird' bald schlafen! So, dank' schön, daß Sie f'bracht haben, Herr Braunhuber! Ich sch' a Kreuz mit ihr! Jessas, und ganz naß is! Also da muach ma f' halt umzieh'n! Wird scho' all's g'sch'n! I bin's ja g'wohnt mit ihr!“ Die Kleine rannte hin und her. Josef Braunhuber sah wohl, daß die alte Frau ganz gut versorgt war bei dem frischen, jungen Ding. So gab er nur noch ein paar gute Ratschläge und dann ging er wieder.

Der Hermerische Wagen kam eben langsam herangefahren. Josef schwang sich auf den Bod und Herr Hermer sank, nachdem er die Bügel abgegeben hatte, wieder zurück in seine Ecke. Aber alle Müdigkeit war ihm nun vergangen.

„Die Sache ist höchst sonderbar“, sagte er zu Grete, „ich habe gar nicht die Ueberzeugung, daß die Legitimationspapiere mit den exotischen Namen auch in der Tat zu diesen zwei merkwürdigen, stummen Leuten gehörten. Die Kathrin will sie auf der kleinen Brücke gesehen haben. Dort kann unmöglich das Auto gestanden haben. Was hatten sie aber um diese nachtschlafende Stunde dort in der Einsamkeit bei dem alten Felsenkeller zu suchen? Was wollten sie überhaupt hier?“

Grete Hermer schüttelte sich wie im Fieber. „Es ist da bestimmt ein Zusammenhang zwischen ihnen und dem Verbrechen im Jagdhause“, sagte sie, „ich spür's förmlich. Und man sollte das alles gleich jetzt in der Nacht im Irweinschen Hause anzeigen. Hast du nicht noch das Feserl, was die alte Kathrin in der Hand hielt? Das zeig' auch her! Es ist sicher irgend jemand wach bei dem toten Herrn.“

Sie fuhrren schon gegen den Gutshof zu. Deutlich sah man, daß in zweien der Zimmer Licht brannte. Sonst lag allerdings das ganze Haus in tiefstem Dunkel.

Herr Hermer sah etwas ratlos drein. Sollte er wirklich noch um diese Zeit hier eindringen? Konnte man das nicht alles bis morgen aufschließen? Das kleine Auto war doch sowieso längst über alle Berge. Langsam fuhr der Wagen. Da wurde im Hause leise ein Fenster geöffnet.

Niess Kopf erschien. Man erkannte ihn deutlich im Schimmer der Kerzen.

„Herr Rolf“, rief Grete Hermer, „bitte kommen Sie für eine Minute herab!“

„Ich komme sofort!“

wede gestellt worden war, diesen mit einem Dolchmesser getötet. Der Mörder wurde verhaftet.

Postministerium fand die Vorführung eines auf funktentelephonischem Wege abmittelten Unterhaltungsprogramms statt. Es wurden hierbei verschiedene neuen Aufnahmeapparate und Lautsprecher vorgeführt, deren vorzügliches Arbeiten bewies, daß die deutsche drahtlose Industrie nunmehr in der Lage ist, der Öffentlichkeit einen Unterhaltungsgrundpruch, wie es zurzeit auch in England eingeführt wird, zur Verfügung zu stellen. Es wurde die Rundfunk G. m. b. H. geschaffen, die in Gemeinschaft mit der Gesellschaft Deutsche Stunde ein den Ansprüchen des Publikums entsprechendes Unterhaltungsprogramm zusammenstellen und funktentelegraphisch verbreiten soll.

Schloßeinbrüche in Sachsen. In der letzten Zeit sind mehrere der östlich von Leipzig gelegenen Landbesitze von Einbrechern heimlich durchdrungen. Bei einem Einbruch in das Schloß des Freiherrn von Friesen in Röttha sind den Dieben außer einigen Kleidungsstücken allein silbernes Tafelgerät im Gesamtwerte von über drei Millionen Mark in die Hände gefallen.

Friedrich Wilhelm Webers gesammelte Dichtungen sind von dem Verlage Ferdinand Schöningh in Paderborn herausgegeben worden. Dieser epische Erzähler ist einer der wenigen Großen, die das 19. Jahrhundert in seiner kraftlosen zweiten Hälfte hervorgebracht hat. Gleich ausgezeichnet als Lyriker und Balladenbildner hat er Dichtungen und Werke geschaffen, die den stolzen deutschen Sinn, seine hochgemute, männliche Art bezeugen und in „Dreizehnhundert“ den höchsten Wert erreicht haben. Es war daher nicht zu verwundern, daß seine Werke in Hunderttausenden von Exemplaren in die Welt hinausgingen und die größte Begeisterung bei allen ohne Unterschied der Konfession hervorgerufen haben. Die Liebe zu dem großen deutschen Vaterlande durchdringt die Schranken der ewigen Heimat und so wirkt Webers Poetie der Reizezeit gleich einem stark und mächtig, aber ruhig und gemessen dahinfließenden Strom, in welchem Landschaftsbilder, Sitten der Kultur und Denkmäler der Geschichte sich spiegeln, in dem freilich auch die wechselnden Erscheinungen des Tages sichtbar werden, der aber im Grunde allem Wandel gegenüber unveränderlich bleibt und seine Eigentümlichkeit bewahrt.

Die Folgen des Ludwigshafener Streits. Der Streit in der Badischen Amislin- und Sodafabrik in Ludwigshafen ist geradezu katastrophal für die gesamte deutsche Volksernährung. Durch die Störung des Betriebes im Stickstoffwerk Oppau entsteht ein täglicher Ausfall von rund 220 Tonnen reinen Stickstoffes oder rund 1000 Tonnen Stickstoffdüngers. Das sind täglich 110 Eisenbahnwagen zu 10 Tonnen. Nimmt man, was sehr möglich ist, bei Düngung mit einer Tonne Stickstoffdünger einen Ernteertrag von nur 2 1/2 Tonnen Weizen an, so beträgt der Ernteausfall, den jeder Tag der Unterbrechung der Stickstoffherzeugung in Oppau nach sich zieht, 2750 Tonnen Weizen. Welt man als Preis den Durchschnittspreis für freies Getreide mit 250 000 Mark pro Tonne Weizen zugrunde, so ergibt sich ein täglicher Schaden von über 687 Millionen Mark.

Der Flüchtlingsstrom aus Oberschlesien. Die nunmehr vorliegenden abschließenden Zahlen über die Flüchtlingsbewegung in Oberschlesien ergeben, daß mindestens 80 000 Deutsche aus den bolschick-gemor-

In der Antwort lag ein Ton starken Bestrebens. Dann vernahm man noch einmal Rolf Irweins Stimme durch das offene Fenster:

„Ernst! Kommst du mit? Drunten hält Herr Hermer's Wagen. Es muß etwas sehr Wichtiges sein.“

Eine zweite Stimme klang auf. Ueber das volle Gesicht des Irweins zog ein Schatten. Rolf kam also nicht allein! Da war noch Ernst Richter im Hause, den sie ja auch sehr gut kannte. Aber sie hätte ihn jetzt gern entbehrt.

Wilhelm Hermer warf einen besorgten Seitenblick auf sein Tochterchen. Für Worte war keine Zeit mehr, denn schon wurde die Tür in der starken Umfassungsmauer des Irweinschen Gutshofes geöffnet, und die beiden jungen Männer erschienen auf der Schwelle; gleich darauf standen sie knapp am Wagenschlag.

Der Wind war wieder einmal Sieger geblieben in seinem Kampf mit den Wolken und hatte sie für eine Weile verjagt. Der Mond stand nun klar am Himmel und beleuchtete scharf alles ringsum. Sein Licht fiel voll auf die überwachenden, abgespannten Gesichter von Rolf Irwein und Ernst Richter.

Ein paar erklärende Worte flogen hin und her. Wilhelm Hermer berichtete einstuellen nur von dem Autounfall, dessen Zeugen sie gewesen. Mit einem Blick freundlicher Anteilnahme sah Rolf auf Grete Hermer.

„O — da sind Sie wohl erschrocken?“ fragte er artig. „Soll ich Ihnen nicht rasch eine Tasse heißen Tee oder Kaffee geben? Wir haben alles durch Ramsell Lotte für die Nacht herrichten lassen, was man zum Warmmachen braucht. Es wäre sofort geschehen. Bitte, steigen Sie für ein paar Minuten ab und treten Sie ein bei uns!“

Herr Hermer zögerte, aber Grete hatte bereits den Wagen verlassen.

„Nur für zwei Minuten“, sagte sie schmeichelnd zu ihrem Vater, „mir ist so kalt! Auch sonst fühle ich mich ganz elend. Und es dauert ja doch eine Weile, bis wir alles berichtigt haben. Ich glaube es bestimmt, daß da am Ende irgendein Zusammenhang besteht zwischen unserem sonderbaren Erlebnis und all dem Schrecklichen, was Sie in diesen letzten Tagen durchgemacht.“

Dr. Richter sah stark interessiert auf.

„Wieso?“ fragte er. „Was für eine Verbindung kann zwischen dem Autounfall eines fremden Menschen und den hiesigen Ereignissen sein? Uebrigens: Wann war der Unfall?“

Herr Hermer rechnete nach.

„Vor ungefähr einer halben Stunde.“

(Fortsetzung folgt.)

denen Teilen Oberschlesiens ihre Wohnsitze verlassen mussten. — Dem Oberschlesischen Hilfsbund wurde eine Sechsmillionenpende aus Thüringen übergeben.

Schiffsunfälle am Bodensee. Infolge starken Schneesturms ereigneten sich zwei Schiffsunfälle auf dem Bodensee. Der Dampfer „Adolfzell“ lief bei Interzell, und der Schweizerische Dampfer „Hohenlingen“ bei Krifoltingen auf Grund. Personen sind nicht verunglückt.

Auslandshilfe für deutsche Not. Aus Christiania ist ein Extrazug mit 15 Waggonen Lebensmittel und Kleidern nach Berlin und Wien abgegangen. Weitere Hilfe werden demnächst abgehen. In Berlin werden die Liebesgaben durch das deutsche Komitee und in Wien durch ein norwegisches Hilfskomitee verteilt. — Der Deutschamerikaner Harder aus Scranton (Pennsylvania) hat auch in diesem Jahre wieder einer Vaterstadt Kolberg gedacht und überwieh durch Schenkung eine Million Mark zur planmäßigen Verteilung.

Deutsche Kinderhilfe in Dänemark. Das Deutsche Hilfskomitee für deutsche Kinderhilfe hat vom dänischen Justizministerium die Erlaubnis erhalten, auch in diesem Winter eine Anzahl deutscher Kinder in dänischen Familien unterzubringen. Von den Komitees sind bisher einschließlich des vom dänischen Staate bewilligten Zuschusses von 35 000 Kronen über 100 000 Kronen für das menschenfreundliche Werk gesammelt.

100 Millionenpende der Deutschamerikaner. Die bekannte in deutscher Sprache erscheinende „New Yorker Staatszeitung“ hat zur Unterstützung der Not in Deutschland eine Weiheachtsammlung eingeleitet, der sich die mit ihr verbundenen Blätter angeschlossen haben. Der Reichspräsident hat sich auf Wunsch der Staatszeitung, die sich mit eintausend Dollar an die Spitze der Sammlung gestellt hat, bereit erklärt, den Betrag der Spende entgegenzunehmen und für zweckmäßige Verteilung Sorge zu tragen. Als vorläufiges Ergebnis der Sammlung hat am dieser Tage der Berliner Vertreter der Staatszeitung Schmitt dem Reichspräsidenten den Betrag von zwölftausend Dollar (etwa 100 Millionen Papiermark) überreicht. Der Reichspräsident hat der „New Yorker Staatszeitung“ und allen Spendern für die tatkräftige Hilfe seinen herzlichsten Dank übermitteln lassen.

Ein französischer Dampfer vermisst. Der französische Dampfer „Autreau“ wird seit 8 Tagen vermisst. Man glaubt, daß das Schiff, das eine Besatzung von 24 Mann an Bord hatte, verloren ist.

Der Streit der Pariser Bäcker ist beendet. Die Herstellung von Brot ist wieder aufgenommen worden, nachdem der Ackerbauminister das Versprechen gegeben hat, eine Preisliste auszuarbeiten, damit in Zukunft Konflikte zwischen den Bäckern und der Preisfestsetzungsbehörde vermieden werden. In Zukunft wird die französische Bevölkerung nicht mehr das beliebte Weißbrot kaufen können, denn nach einem Dekret der Regierung ist es von jetzt ab den Bäckern gestattet, dem Brote zehn Prozent Roggen und zehn Prozent Reis beizufügen. Vom 25. Dezember 1922 bis 31. August 1923 wird diese Beimischung vorgeschrieben. Die Ausfuhr von Getreide und Futtermitteln wird bis auf weiteres verboten werden.

Drei neue Hinrichtungen in Irland. In Dublin sind noch drei junge Leute hingerichtet worden, die nach dem Bombenattentat gegen die Polizeidirektion verhaftet worden waren und bei denen man Bomben und andere Waffen gefunden hatte.

Wiesenbrandkatastrophe in Kanada. Wie aus Montreal gemeldet wird, hat eine Feuersbrunst in Terrebonne die Post, das Rathaus und 50 Privathäuser eingeschmort. Personen sind dabei nicht ums Leben gekommen.

Gedenktafel für den 6. Dezember.

1849 * Generalfeldmarschall August v. Madsen in Hausleipnitz — 1869 * Der Südpolarforscher Otto Nordenskjöld in Hesselby — 1918 Die Deutschen erobern Buzareit — 1918 Adin wird von Engländern besetzt.

Dresden. Das Schöffengericht beschäftigte sich in einer seiner letzten Verhandlungen mit der wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zur Verantwortung gezogenen Ingenieur-Lehrerin Martha Morchen. Die Angeklagte hatte vor der Friedrichshöfter Hauptmarkthalle gute Landbutter aus der Wisdruffer Gegend zum Verkaufe angeboten und auch gute Geschäfte gemacht. Der Ermittlungsbescheid stellte fest, daß die Angeklagte seit Jahresfrist unter Butter bis zu 80 Prozent Margarine gemengt habe. Die Angeklagte gab zu, daß sie infolge wirtschaftlicher Bedrängnis diese Fälschungen vorgenommen habe. Das Gericht legte eine Strafe von 4500 Mark fest. Die Notlage der Angeklagten wurde mildernd in Betracht gezogen.

Bevorstehende Änderungen in der hiesigen Verwaltung? Wie es heißt, hat Kreisauptmann Dr. Krug von Widda und von Falkenstein in Dresden sein Abschiedsgesuch für 1. Juni 1923 eingereicht. — Nach weiteren Meldungen sollen in nächster Zeit auch in einigen Amtshauptmannschaften Wechsel in den leitenden Personen bevorstehen.

Lotmagisch. Die Firma Carl Menzel & Söhne, Glaswerk, Carlswerk, hat dieser Tage aus Anlaß ihres 25-jährigen Jubiläums 1 Million Mark ausgeworfen, die in bar an die gesamte Arbeiterschaft verteilt worden sind. Dem Glashütten-Gelangsverein, der sich aus Mitgliedern des Personals zusammensetzt, wurden 250 000 M. zur freien Verfügung überreicht. Außerdem gewährt die Firma fortan bei Todesfällen innerhalb der Familien der Werksangehörigen und in Krankheitsfällen besondere finanzielle Unterstützung. Bei Gelegenheit der Jubiläumsfeier sind 23 Arbeitern Anerkennungsurkunden für Treue in der Arbeit ausgehändigt worden.

Reisbad (Sa.). Grenzbeamte hielten am hiesigen Bahnhof wieder einige Ungehörigen an, die sich für ihre Kronen neu eingekleidet hatten. Einem der Kronenräuber gelang es, zu entkommen, bei dem andern, einem Fabrikdirektor aus Rixdorf, fand man einen Revolver neueren Systems, den er ebenfalls neu erworben hatte.

Hohenstein-Ernstthal. Auf ein 100-jähriges Bestehen konnte die Webfabrik J. G. Böttger zurückblicken. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Firma zu einem der größten Unternehmen der Textilbranche entwickelt.

Erntemissionen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde bekanntgegeben, daß der Kaufmann Franz Dietrich in Wernsdorf

Altes 500 000 M. für die hiesigen Kriegervitwen und Kriegerverwaisen und weitere 500 000 M. zur Förderung des Siedlungswesens gestiftet habe. Vom Kollegium wurde die Uebernahme des Museums des Gewerbevereins in das Eigentum der Stadt beschlossen. Ferner genehmigte man die Errichtung und den Betrieb von zwei öffentlichen Wärmestuben und bewilligte dafür 500 000 Mark.

Mittweida. In gemeinsamer Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurde der Preis für das Kubikmeter Gas von 38 auf 74 M., für Wasser von 25 auf 50 M., für elektrisches Licht von 60 auf 150 M. und für Kraft von 45 auf 120 M. erhöht und eine abermalige ganz bedeutende Erhöhung für die nächsten Tage angekündigt. Die am 16. November eingetretene Kohlenpreiserhöhung verursacht den Werken eine Mehrausgabe von 49 Millionen Mark. Die neue Wasserkraftanlage an der Schopau ist soweit fertiggestellt, daß sie Ende Dezember den Betrieb eröffnen kann. Bisher kostete das Werk 25 Millionen Mark. Die Stadtverordneten mußten nunmehr eine weitere Anleihe von 25 Millionen Mark bewilligen, so daß dann die Gesamtanlage auf 50 Millionen Mark zu stehen kommt.

Mittweida. Am Bahnhof erregte ein junger Mann, welcher einen Sack bei sich trug, Verdacht. Als er sich beobachtet fühlte, warf er den Sack fort und flüchtete. Es gelang ihm auch, zu entkommen. In dem Sack fand man 3 geschlachtete Gänse, die aus einem hiesigen Grundstück gestohlen worden waren und dem Dieb zurückergeben werden konnten. Der flüchtige Dieb ist ein 18-jähriger Pferdepfleger aus Reudorf bei Döbeln.

Due. Durch ein offenes Fenster flogen Spitzbuben in die Nikolaikirche ein und stahlen zwei silberne Leuchter. Die Diebe konnten in Zwickau festgenommen werden, als sie ihre Beute zu verkaufen suchten.

Frankenthal. Hier wurde ein ehemaliger Gutsbesitzer im Alter von annähernd 80 Jahren in seiner Wohnung, einem kleinen Stübchen, erhängt aufgefunden. Bis Jahreschluss sollte er seine kleine Wohnung aufgeben, um einer anderen Familie Platz zu machen. Der Grund zur Selbstentleerung des Bedauernswerten wird in dieser Anordnung zu suchen sein.

Planen i. V. Bei den am Sonntag vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen machten von 68593 eingeschriebenen Wählern nur 44742 von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Planen i. V. Ein Schwein von neun Zentnern Lebensgewicht gehört gewiß nicht zu den Alltäglichkeiten. Ein solches Vorstücker, das ein hiesiger Fleischermeister vor kurzem geschlachtet hat, kam aus Hollstein und hatte etwa 7 1/2 Zentner Schlachtgewicht. Die Speckhaut war allein 14 Zentimeter stark. Seit Bestehen unseres Schlachthofes, seit also 22 Jahren soll es das schwerste Schwein gewesen sein, das zur Schlacht bant geführt wurde.

In der Nacht zum Freitag wurden von den Masten der großen Telegraphenlinie von Leipzig nach Hof bei Herlasgrün sechs Enden Leitungsdräht gestohlen.

Planen i. V. Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Pauluskirche war das Gotteshaus reich geschmückt. Im Vor-

mittagsgottesdienst war die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Der erste Geistliche, Oberpfarrer Meusel, gab u. a. mit bekannt, daß ein nicht genannt sein wollendes Mitglied der Gemeinde 100 000 M. gestiftet habe, auch seien noch weitere Beträge gestiftet worden.

Planen i. V. Zwei acht und zehn Jahre alte Schüler stahlen aus dem Schulzimmer zwei Geigen. Eine Geige im Werte von 3000 M. versuchten sie unter allerlei Ausreden bei einem Händler abzuleihen, der aber Verdacht schöpfte und die Polizei benachrichtigte. Die zweite Geige hatten sie hinter der Haustür versteckt, wo sie von dem Hausmann gefunden wurde.

Reichenbach. Bisher war es hier noch ein Erbe alter Zeit, daß bei Leichenbegängnissen von Angehörigen der christlichen Kirche ein Kreuz vorangetragen wurde. Dieser Dienst wurde von Handwerkern gegen Erlegung einer besonderen Gebühr ausgeübt. Jetzt haben die letzten beiden Kreuzträger ihren Dienst aufgekündigt, und es bleibt sehr fraglich, ob es möglich ist, mit neuemommenen Leuten die alte Sitte fortzuführen. — Das Restaurant „Zur Böse“, eine noch aus der Zeit des ehemaligen Reichenbacher Stammes Gast- und Einkehrstätte, die eine lange Reihe von Jahren von weill. Stadtrat Oskar Sörger bewirtschaftet wurde, hat der neuen Zeit nun ebenfalls seinen Tribut gezollt und seine Pforten geschlossen.

Letzte Nachrichten

Die voranschickliche Antwort an die Völkerverkonferenz.

Berlin. Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt wird, besteht innerhalb der Reichsregierung und auch der bayerischen Regierung kein Zweifel darüber, daß der Forderung der Völkerverkonferenz nach 1 Million Goldmark nicht entsprechen werden kann, auch nicht durch das Reich. Daß die Städte Passau und Ingolstadt oder etwa der bayerische Staat eine derartige Summe aufbringen könnten, ist natürlich von vornherein ausgeschlossen. Man kann annehmen, daß sich zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung auch eine Einigung dahin erzielen lassen wird, daß in der abzuhandelnden Note das Bedauern des bayerischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommt.

Silbernes Papst an die Orientkonferenz.

Lausanne. Der Papst hat an die auf der Orientkonferenz vertretenen Mächte eine Note gerichtet, in der er darauf hinweist, daß unter der Christenheit Konstantinopel eine wahre Panik ausgebrochen sei und er deshalb die Präsidenten der Konferenz ansehe, so rasch wie möglich Maßnahmen zum Schutze der schwer gepöbelten Bevölkerung zu ergreifen.

Proklamierung der Republik in Griechenland.

Paris. Einer aus Athen bei dem Belgrader Blatte „Tribuna“ eingetroffenen Nachricht zufolge habe der König die Auflösung des Revolutionskomitees gefordert, was in revolutionären Kreisen in Athen schwer vermisste. Man sieht infolgedessen voraus, daß demnächst die Republik proklamiert und dem König gestattet werden würde, das Land zu verlassen.

Kirchen-Nachrichten.

Sennerdorf. Freitag nachm. 5 Uhr Wochenkommunion.

Gebr. Fahrrad auch Damenrad zu kaufen bei Adress. u. „B. 50“ a. d. Geschäftsst.

Alfa-Separator Einem ger., gutgehenden verkauft oder tauscht geg. Roggen Schlohmühle Reinhardtstr. 11.

Fritz Pfotenhauer, Rabenau, am Markt empfiehlt Bildhauer, Drechsler u. Stuhlbauer-Werkzeuge, Eisenwaren.

Gebund-, Lang-, Prod-Stroh kauft Karl Oppelt, Dippoldiswalde. Tel. 162.

Lippen Mahls Morgen Donnerstag abends Punkt 1/8 Uhr im Saale des Fremdenhof „Stadt Dresden“ Hauptversammlung mit anschließendem Stiftungsfest. Zahlreiches Besuch, zum Stiftungsfest auch Teilnahme von Gästen, steht entgegen d. V.

Gebr. Piano, ev. kleinen Flügel aus Privat gesucht. Preisangeb. an Adress, Dresden, Georgplatz 13 IV.

Felle! Hasen-, Kanin-, Ziegen-, Fuchs-, Reh-, Jell-, u. Maulwurfsfelle, Schafwolle und Koffhaare kauft zu höchsten Tagespreisen Zell-Einkaufszentrale Dresden-A. Gruner-Str. 21. Bahnfahrt wird vergütet.

Bruchfranke können auch ohne Operation und Berufshilfe gehellt werden. Nächste Sprechstunde in Dresden-Mittl., Rahnauer Straße 15 (bei Landgraf) am 10. Dez. (22 von 9-1 Uhr). Dr. med. Jacobs, Arzt, Spezialarzt für Bruchleiden, Berlin W. 50, Rante-Str. 33 (bisher Dr. Raabs).

2 Schäferhunde, ohne Steuerkarte und Maulkorb, mit Stachelhalsband versehen, entlaufen. Wiederbringer erhält gute Bel. Vorwerk Reinholdshain. Bierapparat mit Leitung zu kaufen gel. Ost u. W. 3. an die Geschäftsstelle.

Dixin das dankbare Seifenpulver

Höchste Waschkraft Größte Ergiebigkeit

HENKEL & CIE., DUISBURG.

Bisitenkarten :: E. Jehne

Achtung! Die Dresdner Buchhändler sind wir der eingetroffen und zahlen die höchsten Tagespreise! Wir kaufen Lumpen, Knochen, Stempelpapier, Eisen, Messing, Kupfer, Gekörte Zinn, Zink usw. Mittwoch bis Freitag von 8 Uhr ab in Schmiedeburg bei Rohlendler Loge

Druckmaschinen aller Art

Carl Jehne, Dippoldiswalde

Herzlichen Dank allen denen, welche uns zu unserer Hochzeit durch Glückwünsche und Geschenke erfreuten. Reichardt und Obercarlsdorf, 2. Dezember 1922 Otto Kranz — Marie Kranz geb. Heerklotz und Eltern.

Saalinhaber-Vorband Dippoldiswalde Donnerstag den 7. Dezember nachmittags 3 Uhr Versammlung bei Kollegen Sidmann-Dippoldiswalde.

Vares Geld ist es, was an Gebissen und Zähnen Gold, Silber- u. Platin, fassen, Ketten, Ringe, Schmuck usw. ungenützt zu Hause liegt

Ständiger Einkauf reell und direkt ohne Zwischenhändler.

W. A. Kortz, Dresden-A. 20 Wettiner Straße 20

Kein Laden! Eing. l. Hausflur, Erdgeschoss, l. Tür, links

Sonnabends geöffnet, da christl. Unternehmen

Verkaufen Sie nicht gleich Brillanten-, Uhren-, Gold-, Silber-gegenstände

künstl. Gebisse, Brennstifte, Platin

Wenn Sie schon mehrere Angebote bekommen haben, bieten Sie obiges noch

im Laden B. TESLUK, Dresden-A., Johannesstr. 13 an

Gegenheitskäufe in Uron und Goldwaren Streng reell! Luxussteuer trage ich!

ausgekämmte Haare und zahlr. Utens. jeden Tag vorrätig! Frida Tillmann, Dresden, Margarethenstraße 5, I.

Schlacht-pferde kauft Hermann Schwenke Dippoldiswalde, Markt 78. Tel. 60.

Programme druckt E. Jehne.

Dienstag mittag (im Kreisverkehr): Dolar 8275-8310 Tagesliche Krone 201